

WAS DARF DIE EU ENTSCHEIDEN?

EINSTIEG

- 1 Was haben ein USB-C-Ladekabel, ein Strohhalm aus Plastik und ein veganes Schnitzel gemeinsam?



AUFGABEN

Bildet **Zweiergruppen**. Teilt euch die **Aufgaben 2** und **3** auf und bearbeitet **Aufgabe 4** anschließend **gemeinsam**.

- 2 a) Lies den **Text M1** über das **Subsidiaritätsprinzip**.
b) Beschreibe, was das **Ziel** des Subsidiaritätsprinzips ist.
c) Erkläre, unter welchen **Bedingungen** die EU **handeln** darf und wann sie **nicht handeln** darf.
d) Fasse die **drei Regeln** stichpunktartig **zusammen**, die das Subsidiaritätsprinzip absichern.
e) Formuliere in einem Satz, warum das Subsidiaritätsprinzip **wichtig** für das Verhältnis zwischen der EU und den Mitgliedstaaten ist.
- 3 a) Lies den **Text M2** über die **Zuständigkeiten** in der EU.
b) Fasse stichpunktartig **zusammen**, welche drei **Arten von Zuständigkeit** es in der EU gibt und **gib wieder, wer** jeweils handeln darf.
c) Nenne zu jeder Zuständigkeit ein **Politikfeld**.
d) Erkläre, was es bedeutet, wenn ein **EU-Gesetz Vorrang** vor nationalem Recht hat.
- 4 Erklärt euch gegenseitig die **Zuständigkeiten** in der EU und das **Subsidiaritätsprinzip** mithilfe eurer Notizen aus den **Aufgaben 2** und **3**.

M1: Das Subsidiaritätsprinzip

- 1 Das Subsidiaritätsprinzip ist ein Grundprinzip der Europäischen Union.
- 2 Es soll sicherstellen, dass die EU nur dann handelt, wenn ein Problem nicht wirksam von
- 3 den Mitgliedstaaten allein gelöst werden kann und ein gemeinsames Vorgehen auf EU-
- 4 Ebene einen Vorteil bringt. Entscheidungen sollen dabei möglichst bürgernah, also auf der
- 5 niedrigsten Ebene, getroffen werden, die das Problem lösen kann.
- 6 Damit das Prinzip eingehalten wird, gelten drei Regeln: Die EU-Kommission muss bei jedem
- 7 Gesetzesvorschlag begründen, warum das Subsidiaritätsprinzip eingehalten wird. Die
- 8 nationalen Parlamente können Einwände erheben, wenn sie meinen, ein Vorschlag gehe zu
- 9 weit – das nennt man die „gelbe Karte“. Außerdem darf die EU nicht stärker eingreifen als
- 10 nötig. Ihre Maßnahmen müssen angemessen sein.
- 11 Kurz gesagt: Die EU soll nur dann tätig werden, wenn sie einen echten Mehrwert bietet und
- 12 nicht Aufgaben übernehmen, die besser von den Mitgliedstaaten geregelt werden können.

WAS DARF DIE EU ENTSCHEIDEN?

M2: Zuständigkeiten in der EU

1 In der Europäischen Union teilen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten die Aufgaben. Dabei
2 ist genau geregelt, wer für welche Politikfelder* zuständig ist. Man unterscheidet zwischen
3 ausschließlicher, geteilter und unterstützender Zuständigkeit.

4 Bei der ausschließlichen Zuständigkeit darf nur die EU Gesetze erlassen. Die
5 Mitgliedstaaten dürfen hier nicht selbst handeln, sondern nur EU-Beschlüsse umsetzen.
6 Beispiele sind die Zollunion, die Währungspolitik im Euro-Raum oder die gemeinsame
7 Handelspolitik.

8 Bei der geteilten Zuständigkeit dürfen sowohl die EU als auch die Mitgliedstaaten Gesetze
9 erlassen. Solange die EU noch keine gemeinsamen Regeln beschlossen hat, können die
10 Mitgliedstaaten selbst handeln. Sobald die EU jedoch ein Gesetz in diesem Bereich erlässt,
11 gilt dieses in allen Mitgliedstaaten und hat Vorrang vor nationalem Recht. Damit die EU nur
12 dann eingreift, wenn es wirklich notwendig ist, gilt hier das Subsidiaritätsprinzip. Typische
13 Bereiche der geteilten Zuständigkeit sind die Umweltpolitik, der Verbraucherschutz, die
14 Landwirtschaft und der Binnenmarkt.

15 Bei der unterstützenden Zuständigkeit bleibt die Hauptverantwortung bei den
16 Mitgliedstaaten. Die EU kann hier nur ergänzen, fördern oder koordinieren, zum Beispiel in
17 der Bildungs-, Kultur- oder Gesundheitspolitik.

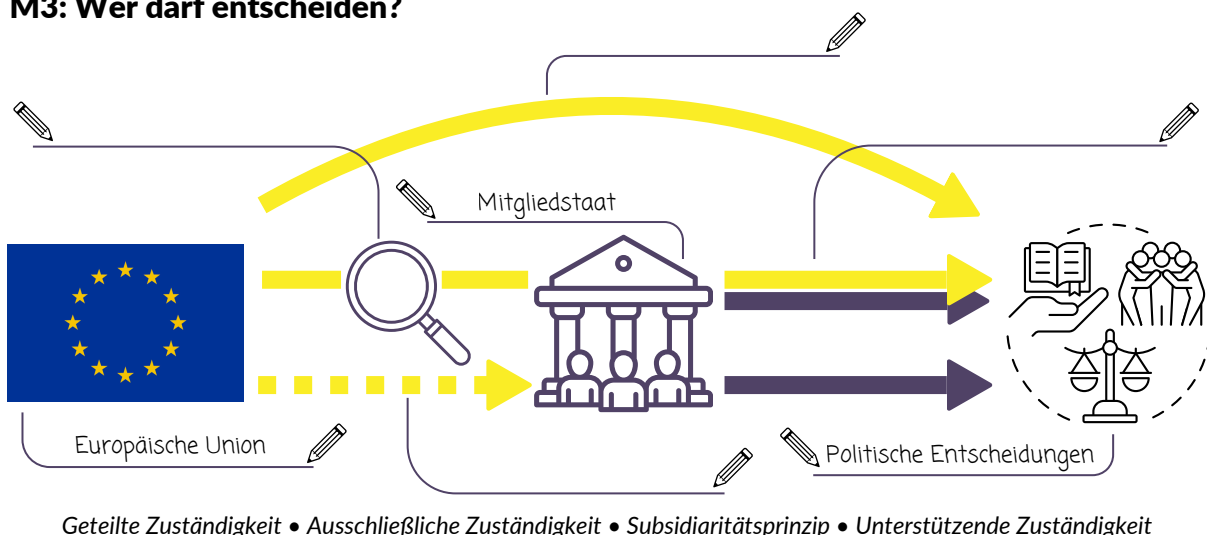
*Ein Politikfeld bezeichnet einen bestimmten Aufgaben- oder Themenbereich der Politik (z. B. Umwelt, Bildung, Gesundheit).

AUFGABEN

Das **Schaubild M3** zeigt, wie sich die **Zuständigkeiten** zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten verteilen und wer in welchem Fall **politische Entscheidungen** treffen darf.

- 5** a) Ergänzt das Schaubild mit den untenstehenden **Begriffen**.
b) Überlegt euch **Vor- und **Nachteile**, wenn die EU **Gesetze** erlässt, die für alle Mitgliedstaaten gelten.**

M3: Wer darf entscheiden?



WAS DARF DIE EU ENTSCHEIDEN?

AUFGABEN

- 6** a) *Begründet*, warum das **Subsidiaritätsprinzip** nur bei **geteilter** Zuständigkeit gilt.
b) *Erläutert*, warum im Schaubild M3 die **Lupe** als Symbol für das **Subsidiaritätsprinzip** gewählt wurde.
c) *Überlegt*, wie ihr das Subsidiaritätsprinzip **anders darstellen** könntet (z.B. durch einen anderen Gegenstand oder ein Symbol).
d) *Formuliert Fragen*, mit denen man **überprüfen** kann, ob ein **neues Gesetz** mit dem **Subsidiaritätsprinzip** übereinstimmt.
Beispiel: *Kann dieses Problem von einem einzelnen Staat ausreichend gelöst werden?*
Tipp: Schaut euch dazu eure **Notizen** aus **Aufgabe 2** bzw. **4** an und überlegt, welche **Bedingungen** und **Regeln** euch helfen können, zu entscheiden, ob die EU handeln darf.
e) *Sammelt stichpunktartig Stärken und Schwächen* des Subsidiaritätsprinzips.

DISKUSSION

Wurde das Subsidiaritätsprinzip in der Entscheidung zum „Veggie-Schnitzel“ berücksichtigt? Führt zu dieser Frage eine Podiumsdiskussion durch. Teilt euch dafür in eine Pro- und eine Contra-Gruppe auf: Die Pro-Gruppe bearbeitet zur Vorbereitung Aufgabe 7, die Contra-Gruppe Aufgabe 8.

- 7** a) *Scannt den QR-Code und lest den Text.*
b) *Gibt die Entscheidung* des Europäischen Parlaments *wieder*.
c) *Fasst die Argumente* aus dem Text *zusammen*, die **für** ein **Verbot** sprechen.
d) *Begründet* eure Argumente mit dem **Subsidiaritätsprinzip**.
- 8** a) *Scannt den QR-Code und lest den Text.*
b) *Gibt die Entscheidung* des Europäischen Parlaments *wieder*.
c) *Fasst die Argumente* aus dem Text *zusammen*, die **gegen** ein **Verbot** sprechen.
d) *Begründet* eure Argumente mit dem **Subsidiaritätsprinzip**.

Führt nun eine **Podiumsdiskussion** zu der **Debattenfrage** durch.



Thema (08.10.2025):
EU-Parlament stimmt für
Verbot von „Tofu-Wurst“
und „Veggie-Schnitzel“

WAS DARF DIE EU ENTSCHEIDEN?

LÖSUNGEN

1 Gemeinsamkeit USB-C-Ladekabel, Plastikstrohhalm und "Veggie-Schnitzel"

Ein USB-C-Ladekabel, ein Plastikstrohhalm und ein veganes Schnitzel haben gemeinsam, dass die Europäische Union bei allen drei Dingen Regeln oder Gesetze beschlossen hat. Die EU legt z. B. fest, dass alle Handys denselben Ladeanschluss bekommen sollen, dass Plastikstrohhalm verboten sind und dass Produkte wie „Veggie-Schnitzel“ potenziell umbenannt werden müssen. Alle Beispiele zeigen also, wo und wie die EU in das Leben der Menschen eingreift – und führen zur Frage, wann sie das überhaupt darf oder soll.

2 b) Ziel des Subsidiaritätsprinzip

Das Subsidiaritätsprinzip soll sicherstellen, dass die EU nur handelt, wenn es nötig ist und dass Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden.

c) Bedingungen des Subsidiaritätsprinzip

Die EU darf nur handeln, wenn ein Problem nicht wirksam von den Mitgliedstaaten allein gelöst werden kann und gemeinsames Handeln einen Mehrwert bringt. Sie darf nicht handeln, wenn die Mitgliedstaaten selbst das Ziel erreichen können.

d) Drei Regeln, die das Subsidiaritätsprinzip absichern:

- Begründungspflicht: Die EU-Kommission muss erklären, warum ein Vorschlag das Prinzip einhält.
- Frühwarnsystem („gelbe Karte“): Nationale Parlamente können Einwände erheben, wenn sie finden, dass ein EU-Vorschlag zu weit geht.
- Verhältnismäßigkeit: Die EU darf nicht stärker eingreifen als nötig; ihre Maßnahmen müssen angemessen sein.

e) Warum ist das Subsidiaritätsprinzip wichtig?

Das Subsidiaritätsprinzip ist wichtig, weil es das Machtverhältnis zwischen der EU und den Mitgliedstaaten ausgleicht.

3 b) Drei Arten der Zuständigkeit:

- Ausschließliche Zuständigkeit: Nur die EU darf handeln. Die Mitgliedstaaten setzen EU-Beschlüsse um.
- Geteilte Zuständigkeit: EU und Mitgliedstaaten dürfen handeln. Wenn die EU ein Gesetz erlässt, hat es Vorrang vor nationalem Recht.
- Unterstützende Zuständigkeit: Vor allem die Mitgliedstaaten handeln. Die EU ergänzt oder koordiniert nur.

c) Beispiele für Politikfelder:

- Ausschließliche Zuständigkeit → Zollunion, Währungspolitik, Handelspolitik
- Geteilte Zuständigkeit → Umweltpolitik, Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Binnenmarkt
- Unterstützende Zuständigkeit → Bildung, Kultur, Gesundheit

d) Vorrang von EU-Gesetzen

Wenn ein EU-Gesetz Vorrang vor nationalem Recht hat, bedeutet das, dass es in allen Mitgliedstaaten gilt und nationale Gesetze nicht dagegen verstoßen dürfen.

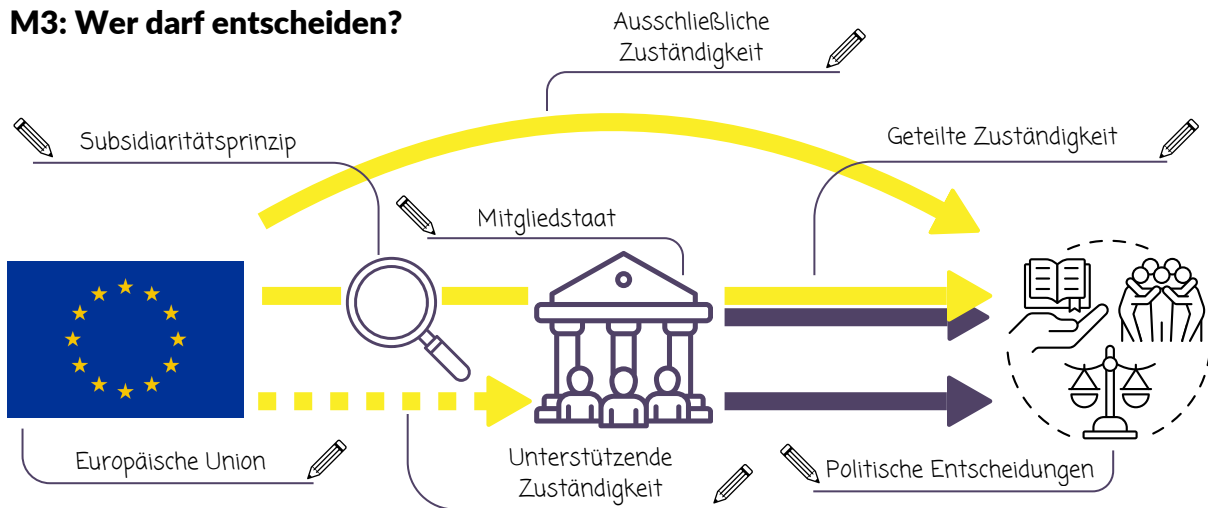
WAS DARF DIE EU ENTSCHEIDEN?

LÖSUNGEN

5 a) Vervollständigtes Schaubild:

Hinweis: Die Begriffe "Europäische Union", "Mitgliedstaat" und "Politische Entscheidungen" sind für die SuS bereits vorausgefüllt.

M3: Wer darf entscheiden?



5 b) Mögl. Vor- und Nachteile für durch die EU erlassene Gesetze:

Vorteile: (Einheitlichkeit, Effizienz, gemeinsame, verbindliche Standards)

- Einheitliche Regeln in allen EU-Staaten → mehr Gerechtigkeit und Vergleichbarkeit
- Erleichterter Handel und Zusammenarbeit zwischen den Ländern
- Klarheit für Unternehmen und Verbraucher, weil überall dieselben Vorschriften gelten
- Gemeinsame Lösungen für grenzüberschreitende Probleme (z. B. Umwelt, Verkehr, Verbraucherschutz)
- Wichtige Maßnahmen (z. B. im Klimaschutz oder bei Menschenrechten) sind für alle verbindlich

Nachteile: (Weniger nationale Freiheit, mögliche Überregulierung)

- Weniger Handlungsspielraum für einzelne Mitgliedstaaten
- Nationale Besonderheiten oder Interessen werden nicht immer berücksichtigt
- Ein Staat kann zu Regeln gezwungen werden, die er eigentlich nicht möchte
- Gefahr, dass Regeln nicht zu allen Ländern passen

6 a) Subsidiaritätsprinzip bei geteilter Zuständigkeit:

Das Subsidiaritätsprinzip gilt nur bei geteilter Zuständigkeit, weil nur dort sowohl die EU als auch die Mitgliedstaaten handeln dürfen. In Bereichen, in denen nur die EU zuständig ist (z. B. Handelspolitik), oder nur die Mitgliedstaaten (z. B. Bildung), muss nicht geprüft werden, wer handeln darf – das ist dort schon festgelegt.

b) Lupe als Symbol für das Subsidiaritätsprinzip:

Die Lupe steht als Symbol dafür, dass genau geprüft und beobachtet wird, ob die EU wirklich handeln darf oder ob das besser die Mitgliedstaaten tun sollten. Das Subsidiaritätsprinzip „vergrößert“ also den Blick auf diese Entscheidung und kontrolliert, ob die EU sich an ihre

WAS DARF DIE EU ENTSCHEIDEN?

LÖSUNGEN

- 6** Grenzen hält. Dabei können die Mitgliedstaaten Einspruch einlegen können („gelbe Karte“), wenn sie finden, dass ein EU-Vorschlag das Prinzip verletzt.

c) alternative Symbole für das Subsidiaritätsprinzip:

- Eine Waage, die zwischen EU und Mitgliedstaaten abwägt
- Ein Ampelsystem (rot = nur national, grün = EU darf handeln)
- Ein Schlüssel, der zeigt, dass nur die richtige Ebene „aufschließen“ darf
- Ein Filter oder Sieb, der prüft, welche Aufgaben an die EU weitergegeben werden dürfen
- Eine Leiter, auf der Aufgaben nur „nach oben“ gehen, wenn sie dort besser gelöst werden können

d) Beispielfragen zur Überprüfung eines neuen Gesetzes:

- Ist das Problem grenzüberschreitend und betrifft mehrere Mitgliedstaaten?
- Würde es Probleme geben, wenn jedes Land eigene Regeln macht?
- Gibt es bereits nationale Regelungen, die gut funktionieren?
- Kann die EU das Ziel schneller oder besser erreichen als die Mitgliedstaaten?
- Entsteht durch gemeinsames Handeln ein Vorteil für alle Mitgliedstaaten?
- Ist der Eingriff der EU im Verhältnis zum Ziel angemessen?
- Werden die Entscheidungen auf der niedrigsten möglichen Ebene getroffen?
- Ist das EU-Handeln für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und verständlich?

e) Mögl. Stärken und Schwächen des Subsidiaritätsprinzips:

Stärken des Subsidiaritätsprinzips:

- Schützt die Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten
- Sorgt dafür, dass Entscheidungen bürgernah getroffen werden
- Verhindert, dass die EU unnötig eingreift
- Hilft, die Aufgaben klar zu verteilen

Schwächen des Subsidiaritätsprinzips:

- Es ist oft schwer zu beurteilen, wann ein Problem „nicht mehr national lösbar“ ist
- Kann zu Streit zwischen EU und Mitgliedstaaten führen
- Die Kontrolle, ob es eingehalten wird, ist kompliziert und bürokratisch

7 b) Entscheidung, des Europäischen Parlaments:

Das EU-Parlament hat entschieden, dass Bezeichnungen wie „Tofu-Wurst“, „Veggie-Burger“ oder „Soja-Schnitzel“ für vegetarische und vegane Ersatzprodukte verboten werden sollen.

c) Argumente, die für ein Verbot sprechen:

- Es besteht ein Verwechslungsrisiko: Verbraucherinnen und Verbraucher könnten glauben, dass pflanzliche Produkte echtes Fleisch enthalten.
- Die Regelung soll Landwirte schützen, deren traditionelle Fleischprodukte sonst an Wert verlieren könnten.

d) Begründung mit dem Subsidiaritätsprinzip:

Das EU-weite Verbot kann mit dem Subsidiaritätsprinzip begründet werden, weil die Bezeichnungen und Kennzeichnungen von Lebensmitteln in allen Mitgliedstaaten gleich geregelt sein sollten, um Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen und einheitliche Marktbedingungen zu schaffen. Ein gemeinsames EU-Handeln könnte also mehr Klarheit und Fairness auf dem Binnenmarkt bringen als unterschiedliche nationale Regeln.

WAS DARF DIE EU ENTSCHEIDEN?

LÖSUNGEN

8 b) Entscheidung des Europäischen Parlaments

Das EU-Parlament hat entschieden, dass Bezeichnungen wie „Tofu-Wurst“, „Veggie-Burger“ oder „Soja-Schnitzel“ für vegetarische und vegane Ersatzprodukte verboten werden sollen.

c) Argumente, die gegen ein Verbot sprechen:

- Ein Verbot ist unnötig, weil die meisten Verbraucher:innen genau wissen, dass Produkte mit Namen wie „Tofu-Wurst“ kein echtes Fleisch enthalten.
- Verbraucherschutzorganisationen sehen im Verbot Lobbyismus zugunsten der Fleischindustrie.

d) Begründung mit dem Subsidiaritätsprinzip:

Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte die EU nur handeln, wenn ein Problem nicht national gelöst werden kann. Da es hier keine echte grenzüberschreitende Gefahr oder Verwechslungsproblematik gibt, könnten die Mitgliedstaaten selbst entscheiden, wie sie pflanzliche Produkte bezeichnen. Das Thema ist nicht wichtig genug für eine EU-weite Regelung, also kein Fall für gemeinsames Handeln auf EU-Ebene.